

Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft

Rückblick auf den 19. Deutschen Präventionstag (DPT) in Karlsruhe

Henning van den Brink

Der 19. Deutsche Präventionstag am 12. und 13. Mai 2014 in Karlsruhe bot für die Teilnehmenden vielfältige Gelegenheiten, sich über die Entwicklungen und Herausforderungen in der Kriminalprävention zu informieren und auszutauschen. Das aktive Zusammenwirken der Präventionsakteure in den zentralen Handlungsfeldern „Praxis, Wissenschaft und Politik“ war thematische Klammer und Schwerpunkt des Kongresses.

Vernetzung der Handlungsfelder

Spätestens seit der Ausrichtung von Kriminalprävention als Querschnittsthema, die z. B. in der Leitformel „Kriminalprävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ seit den 1990er-Jahren ihren Niederschlag findet, sind eine Vielzahl von Akteuren tätig, die in unterschiedlichen Disziplinen ausgebildet sowie berufsspezifisch sozialisiert wurden und dementsprechend einen jeweils eigenen Blick auf und ein eigenes Verständnis von Prävention entwickelt haben. Diese Perspektivenvielfalt innerhalb und zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik für die kooperative Präventionsarbeit nutzbar zu machen, war und ist nach wie vor eine der größten Herausforderungen, an der sich letztendlich Akzeptanz, Qualität und Erfolg von Prävention entscheiden. Diese Herausforderung griff nun der 19. Präventionstag auf.

DPT-Geschäftsführer Erich Marks freute sich in seiner Eröffnungsrede über den ungebrochenen Zuspruch zum Präventionstag als Europas größtem Präventionskongress mit rund 2 500 Teilnehmenden, über 200 Vorträgen und etwa 250 Ausstellern. Er hob die Notwendigkeit einer stärker strukturierten Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen Präventionswissenschaft, -politik und -praxis als den drei zentralen Arbeitsfeldern von Prävention hervor. Dabei gelte es vor allem, entsprechende Absprachen über Zuständigkeiten, Arbeitsteilungen, Kooperationsstrukturen auf allen politisch-administrativen Ebenen zu

treffen. Besonderen Nachdruck verlieh er seiner Forderung, interdisziplinäre und ressortübergreifende Präventionszentren auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zu etablieren und entsprechende Investitionen seitens der Politik vorzunehmen.

Bundespolitik als Hauptadressat der „Karlsruher Erklärung“

Besonderen Handlungsbedarf formulierten Wiebke Steffen in ihrem Gutachten sowie die DPT-Veranstaltungspartner in der „Karlsruher Erklärung 2014“ für die Bundesebene. Es fehle an einer wissenschaftlich geerdeten Kriminalpolitik, die z. B. die Empfehlungen der beiden Periodischen Sicherheitsberichte der Bundesregierung (PSB) aus den Jahren 2001 und 2006 aufgreift und umsetzt. Zur Evidenzbasierung der Kriminalpolitik sollten die Berichte regelmäßig (z. B. in jeder Legislaturperiode) von unabhängigen Wissenschaftlern fortgeschrieben werden. Schließlich sollten die vielfältigen, aber über verschiedene Disziplinen gestreuten kriminologischen Aktivitäten der Universitäten und Fachhochschulen durch den Aufbau fachübergreifender kriminologischer Zentren gebündelt werden.

DPT und Partner fordern eine Kurskorrektur und halten die Schaffung eines „Nationalen Zentrums für Kriminalprävention“ für dringend erforderlich. Neben der Wissensfundierung – etwa durch systematische Evaluationen der Präventionspraxis – sollte der Wissenstransfer zu den Präventionsakteuren grundlegend ver-

bessert und verstärkt werden. Dafür bedürfte es einer Struktur mit einer hinreichenden Personalausstattung und mit einem Personalkonzept, das fachliche Expertise und Kontinuität sicherstellt.

Ein weiterer Vorschlag, um die Leitforderung des 19. Präventionstages zu realisieren, lautet, die kommunale Kriminalprävention in Richtung einer institutionalisierten kommunalen Sicherheitspolitik weiterzuentwickeln, etwa durch die Einrichtung von „Stabsstellen für Kriminalprävention“ in den jeweiligen Kommunen, Kreisen und Regionen. Schließlich läge eine vielversprechende strukturelle Maßnahme darin, die Landespräventionsräte an die Regierungen anzubinden und nicht an ein fachspezifisches Ministerium – ebenfalls ergänzt um eine „Stabsstelle für Kriminalprävention“ auf Landesebene.

Transferprobleme und Kooperationsansätze

Ausgangspunkt der vom Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK) initiierten Diskussionsrunde mit dem Titel „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention als Kooperationsstrategie“ waren Defizite im Handlungsfeld, die – allgemein formuliert – aus den nur wenigen und wenig ausgebauten Brücken zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis resultieren und bis heute nicht zufriedenstellend aufgelöst werden konnten: Weder komme es bislang zu einer substantiellen Verbreitung und Verstärkung





wirksamer Präventionsprogramme und -konzepte noch reichten die bestehenden informierenden und beratenden Steuerungsinstrumente aus. **„Mehr Kooperation wagen“** war das Motto von Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR NI) und DFK bei der Präsentation des pünktlich zum DPT online gestellten Informationsportals **„Wegweiser Entwicklungsförderung und Gewaltprävention/E&G“** (www.wegweiser-praevention.de).

Es sei den Partnern mit dem Portal gelungen, die Wissenstransferangebote beider Institutionen und ihrer Sachverständigen zu bündeln und gemeinsam fortzuentwickeln, betonten **Erich Marks** und **Wolfgang Kahl** als Projektverantwortliche. Die Publikumsbeteiligung in der Diskussion bestätigte das hohe Interesse der Präventionspraxis an dem neuen Produkt (vgl. ausführliche Beschreibung in *forum kriminalprävention*, Heft 2/2014).

Prof. Dr. Andreas Beilmann ging als Vertreter des Wissenschaftssystems in seinem Vortrag auf die aktuellen Ent-

wicklungen und Problemfelder bei den *Transferprozessen* zwischen Praxis, Politik und Wissenschaft ein. Dabei bezog er als vierte Akteursgruppe die Medien mit ein. Er bedauerte, dass der Wissenschaftsjournalismus nur noch eine marginale Rolle innerhalb der Medienlandschaft spiele, obwohl der Bedarf nach geeigneten Transferstellen zwischen Praxis, Politik und Wissenschaft hoch sei. Weiterhin konstatierte er einen hohen Bedarf an Weiterbildung für Präventionsakteure, auf den aber bislang allenfalls private Anbieter reagiert hätten, während die staatlichen Hochschulen kaum entsprechende Weiterbildungsstudiengänge entwickelt hätten.

Denn die häufig limitierten Verarbeitungskapazitäten in der Praxis speisten sich nicht nur aus geringen Zeitressourcen, sondern auch aus geringen Kompetenzen bei der Nutzung (Verwertung), dem Transfer (Übertragung) und der Implementation (Umsetzung) von wissenschaftlichem Wissen. **Beilmann** markierte die Grenze

der Verantwortung des Wissenschaftsbetriebes im Bereitstellen fundierter Handlungsansätze. Die Umsetzungsverantwortung (wie fundiertes Wissen in praktische Kontexte Eingang findet bzw. übersetzt wird ...) sei hingegen Sache von Politik und Praxis. Erst wenn Probleme bei den Nutzungs-, Transfer- und Implementationsprozessen auftauchten, falle deren Analyse wieder in den Zuständigkeitsbereich der Wissenschaft.

Beispiele für Projektkooperationen von Wissenschaft und Praxis auf lokaler und regionaler Ebene

1. Einen Ansatz, wie *institutionalisierte Kriminalprävention* gelingen kann, stellten **Ingolf Grunwald** vom *Polizeirevier Kehl* und **Ulrike Jensen** von *Courage e. V. am Beispiel der Kleinstadt Kehl* vor. Als wesentliche Gelingensbedingungen für das 2001 aus der Taufe gehobene Präventionsgremium identifizierten sie



Informationen zu den Teilnehmenden des 19. DPT

Von den rund 2 300 angemeldeten Teilnehmenden des 19. Deutschen Präventionstages wurden zur Kongressevaluation etwa 1.300 direkt sowie 165 Sammelanmelder angeschrieben. Davon haben 616 Personen (26,4 % der Teilnehmer/-innen) den Fragebogen bearbeitet und zurückgesandt (N = 616).

Wie auch in den vergangenen Jahren war die Polizei mit 29,3 % die am stärksten vertretene Berufsgruppe. Weitere Berufsgruppen waren weniger stark repräsentiert: Jugendhilfe/ Sozialarbeit (9,8 %), Kommunen/Ämter (7,9 %), Wissenschaft (6 %), Landesbehörde (5,6 %), Sozialer Bereich (4,4 %), Kommunale Präventionsgremien (3,6 %), Justiz (3,4 %), Bundesbehörde (3,0 %), Verbände/Institutionen (2,6 %), Wirtschaft/Industrie (2,3 %), Schule/Vorschule (2 %), Kirche (1,9 %), Presse/Medien (1,4 %), Medi-

zin/Gesundheitswesen (1,1 %), Politik/Parlamente (0,8 %), Sport (0,7 %) und Sonstige (14,1 %).

Drei von vier befragten Besucher/-innen sind hauptamtlich in der Präventionsarbeit tätig. Knapp die Hälfte der Befragten kommt aus der Praxis. Dabei machen die Tätigkeitsfelder der Kriminalprävention mit 38,6 % und der Gewaltprävention mit 23,7 % die größten Anteile aus. Die Rangliste der Gründe für die Kongressteilnahme wird von dem Wunsch nach fachlichem Austausch angeführt. An zweiter und dritter Stelle folgen der Wunsch, neue Informationen zu erhalten bzw. neue Projekte kennenzulernen. Wie bei vorangegangenen Kongressen hatte das Schwerpunktthema für die meisten Befragten keinen Einfluss auf ihre Teilnahme. Das Verhältnis der Personengruppen, die ausschließlich als Besucher am Kon-

gress teilnahmen, und denjenigen, die eine aktive Rolle beispielsweise als Referent oder Moderator ausfüllten, lag etwa bei 1:1. Der Anteil der Befragten, die zuvor noch nie einen Präventionstag besucht hatten, stieg im Vergleich zum Vorjahr um rund fünf Prozentpunkte auf 48,5 %. Dagegen nahmen rund 37 % bereits mehrfach an einem Präventionstag teil.

Die Evaluation wurde von proVal – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse/Beratung/Evaluation durchgeführt. Weitere Ergebnisse: Rainer Strobl, Christoph Schüle, Olaf Lobermeier: Evaluation des 19. Deutschen Präventionstages, in: Kerner, Hans-Jürgen u. Marks, Erich (Hrsg.), Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages. Hannover 2014 (www.praeventionstag.de/dokumentation.cms/2882)

VERANSTALTUNGEN AUF BUNDESEBENE

- den Einbezug mehrerer Partner, um die Präventionsarbeit auf viele Schultern zu verteilen
 - den Einbezug von Entscheidungsträger/-innen in Politik und Verwaltung
 - die Aktivierung und Positionierung der Schulen als zentrale Partner im Netzwerk
 - die Mischung von top-down- mit bottom-up-Ansätzen bei der Konzipierung und Umsetzung von Prävention
 - die „Kultur des Miteinanders“ und flache Hierarchien im Präventionsgremium
 - die gemeinsame Gründungsinitiative aus der Zivilgesellschaft heraus
 - die Besetzung der Lenkungsgruppe mit Bürgern aus der Zivilgesellschaft
- die ausreichende Finanzierung (v.a. durch die gerichtliche Zuwendung von Geldstrafen und Bußgeldern)

2. *Walter Sieveke vom Polizeikommissariat Vechna und Prof. Dr. Yvette Völschow von der Universität Vechna* stellten ausgewählte Ergebnisse der Projekte „*Partnergewaltprävention in ländlichen Räumen (PaGeNie)*“ und „*Sicherheitsmentalitäten im ländlichen Raum (SIMENTA)*“ vor. Dabei zeigten sie neben Chancen für kooperative Prävention in ländlichen Gebieten auch Risiken auf. Zwar könne man häufig auf lange bestehende und gewachsene Kooperationen zurückgreifen, die durch hohe personelle Kontinuität in Verwaltung und Polizei und informelle Netzwerke gefestigt sind. Aber gleichzeitig bedeute das eine

starke Personengebundenheit von Präventivmaßnahmen. Auch die auf dem Land stärker ausgeprägte informelle soziale Kontrolle und der damit verbundene höhere Konformitätsdruck können Schutzfaktoren sowohl für das Opfer, als auch für den Täter sein. Somit liegen die besonderen Herausforderungen bei der Verhinderung häuslicher Gewalt in ländlichen Gebieten in der institutionellen Ausgestaltung von Präventionsangeboten einerseits und in der Einbindung informeller Ressourcen bei der Präventionsarbeit andererseits.

3. Einen der etwas undankbaren letzten Slots direkt vor Kongressende erwischte die Veranstaltung „*Das Romahaus – polizeiliche Prävention als Netzwerkarbeit aus Sicht von Praxis und Forschung*“. *Christian Horn –*





Polizist im Polizeiabschnitt Berlin-Neukölln, Arbeitsgebiet Integration Migration – berichtete von der Vielfalt polizeilicher Präventionsarbeit rund um ein vor allem von Familien der Volksgruppe Roma bewohntem Haus. Begleitet wird die Arbeit seiner Arbeitsgruppe von dem Forschungsprojekt „Concepts for the Development of Intelligence, Security and Prevention“ (CODISP). Dabei identifizierte *Eva Liefer* – Ko-Referentin und eine von mehreren Wissenschaftlerinnen im Projekt – im Laufe der ethnografischen Feldforschung eine starke Verschränkung

von polizeilicher Fall-, Vertrauens- und Netzwerkarbeit, was ein hohes Maß an Generierung und Zirkulation von (Erfahrungs-)Wissen nach sich ziehe. Daraus entwickelten – so Liefer weiter – sich Bündnispartnerschaften, deren gemeinsames Auftreten gleichzeitig Pflege und Demonstration des Netzwerkes ist. Die Bündnispartner zeichnen sich dadurch aus, dass sie zwar eine gemeinsame Sorge (für Sozialraum, Problem und Klientel) haben, aber nicht unbedingt gleichlautende Ziele hätten.

Arbeitsfeldübergreifende Ko-Referate als überzeugende Vortragsformate

Dass es gerade in diesem Jahr eine Vielzahl interessanter Spots und Vorträge gab, bei denen Vertreter aus Praxis und Wissenschaft sowie aus staatlichen Institutionen und aus der

Zivilgesellschaft gemeinsam ihre Projekte vorstellten, stimmt optimistisch: Der Weg bis zu einer befriedigenden und nachhaltigen Realisierung der DPT-Forderung nach arbeitsfeldübergreifend erarbeiteten und umgesetzten Präventionskonzepten muss nicht mehr in voller Länge beschriftet werden. Weiterhin deutete sich an, dass Praxisforschung – als Brücke zwischen Praxis und Wissenschaft – sowie partizipative Forschungsansätze, die hierzulande noch selten anzutreffen sind und deren Ergebnisse noch seltener in die breite (Fach-)Öffentlichkeit kommuniziert werden, an Boden gewinnen und damit die noch zu gehende Wegstrecke ebnen können.

„Es gibt wohl kein besseres Beispiel dafür, das diesjährige Schwerpunktthema des DPT ‚Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft‘ zu illustrieren und zu zeigen, ob und wie weit diese Forderung schon Wirklichkeit geworden ist, als den DPT selbst“, so konstatierte Wiebke Steffen im Schlusskapitel ihres diesjährigen DPT-Gutachtens. Es bleibt zu hoffen, dass der DPT Impulse zu mehr Austausch zwischen den drei Arbeitsfeldern geben konnte, die über den Kreis derjenigen, die durch ihr Engagement auf den Präventionstagen und anderen Foren diese Forderung bereits umsetzen, hinausreichen – von den kommunalen Wurzeln der Präventionsarbeit über die einzelnen Zweige der Präventionswissenschaft bis in die Baumkrone der bundesweiten Präventionspolitik.

Henning van den Brink ist freies Redaktionsmitglied und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fachhochschule Düsseldorf, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften
Kontakt: henning.vandenbrink@fh-duesseldorf.de

© Fotos Seiten 11 bis 13 Ralf Weigel Photography

20. Deutscher Präventionstag

am 8. und 9. Juni 2015
im Congress Center
Frankfurt/Main

Neben zahlreichen aktuellen Themen aus dem gesamten Arbeitsfeld der (Kriminal-)Prävention befasst sich der 20. Deutsche Präventionstag mit dem Schwerpunktthema „*Prävention rechnet sich. Zur Ökonomie der Kriminalprävention*“.

Informationen und Bewerbungsformulare zu den verschiedenen Möglichkeiten einer aktiven Beteiligung finden Sie auf der DPT-Website: www.praeventionstag.de

Bewerbungsschluss ist der 15. Oktober 2014.

Prävention rechnet sich.
Zur Ökonomie der Kriminalprävention
8./9. Juni 2015



DPT20
Kongress 2015 · Frankfurt/M.